

Pressemitteilung

LHG fordert BAföG-Reform von neuer Bundesregierung

Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG) fordert die Sondierungspartner Union, FDP und Grüne auf, die umfassende Reform des BAföG zum Teil ihres Regierungsplans für die Bundesrepublik zu machen.

Berlin, 01.11.2017. Der LHG sieht die Sondierungspartner mit ihren bisherigen Gesprächen über die Bildungspolitik auf einem guten Weg. „die Stoßrichtung, welche 'Jamaika' vereinbart hat, stimmt“, so Johannes Dallheimer, Vorsitzender des LHG. Wichtig sei es jetzt, die einzelnen Punkte mit Leben zu füllen. „Gerade beim Thema BAföG muss eine etwaige Koalition viel präziser werden“, mahnt Dallheimer deshalb.

Die Liberalen Hochschulgruppen fordern in ihrer Beschlusslage ein BAföG-System, welches eltern- und vermögensunabhängig ist. So sollen Studierende, Schüler und Auszubildende bis zu 500€ im Monat kostenfrei beantragen können, die gleiche Summe kann darüber hinaus noch einmal als zinsgünstiges Darlehen beantragt werden. Finanziert werden soll das System durch von Eltern auf BAföG-Beziehende umgelegte Steuervergünstigungen.

„Ein elternunabhängiges BAföG sorgt endlich dafür, dass das Studium nicht mehr von irgendjemandes Geldbeutel abhängt - genau das ist liberale Chancengleichheit“, gibt sich Dallheimer euphorisch. Da der LHG seine Forderung bereits im Wahlprogramm der Freien Demokraten untergebracht hatte und auch die Grünen zu einem elternunabhängigen BAföG tendierten, zeigt sich der Bundesvorstand der LHG bzgl. einer Reform zuversichtlich. „Wichtig ist es, dieses Thema auch gegen die Stillstandsverwalter von der Union zu behaupten“, gibt Dallheimer einen abschließenden Ausblick.

(1653 Zeichen)

Bundesverband Liberaler
Hochschulgruppen

Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Fon +49 30 28389421
Fax +49 30 28389425

E-Mail kontakt@bundes-lhg.de
www.liberales-hochschulgruppen.de

Paavo Czwikla
Stellv. Vorsitzender für Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail czwikla@bundes-lhg.de
Mobil +49 176 2724467

01. November 2017